

Freie Ärzteschaft

Die Listen für Niedergelassene
Die Listen für Angestellte
Die Listen für Ruheständler
Die Listen für alle Ärztinnen und Ärzte

- Freiberuflichkeit in Klinik und Praxis – laut und vernehmbar!
- Feste und angemessene Preise für alle ärztlichen Leistungen!
- Freiwilligkeit und eine anständige Bezahlung des KV-Notdienstes!
- Schutz der vertraulichen Arzt-Patienten-Beziehung, Erhalt von Schweigepflicht und Datenschutz!
- Freiwilligkeit bei jedem Schritt der Digitalisierung!
- Engagement für die Interessen aller Ärztinnen und Ärzte!



Wieland Dietrich
Dermatologie,
Essen



Dr. Gerd Büscher
HNO-Heilkunde,
Essen



Dominik Thoma
Psychiatrie und
Psychotherapie,
Düsseldorf



Christa Bartels
Nervenheilkunde,
Psychotherapie,
Zülpich



Wolfgang Bartels
Orthopädie,
Zülpich



Dr. Michael Fiebig
Anästhesie,
Köln

Besonders auf den Nägeln brennt uns aktuell:

Wir wollen den seit mehreren Jahrzehnten zunehmenden und inzwischen ruinösen Preisverfall der ärztlichen Leistungen nicht länger hinnehmen

Wir insistieren auf einer Digitalisierung, die den Patientinnen/Patienten und den Ärztinnen/Ärzten nützt. Die gegenwärtige Gesetzgebung und Technologie der Telematik-Infrastruktur schadet den Bürgerinnen und Bürgern und behindert die ärztliche Arbeit

Wir fordern eine reformierte Struktur des Notdienstes, dessen Freiwilligkeit, und dessen komplette Finanzierung durch die Krankenkassen. Wir lehnen die Zwangsverpflichtung zur Teilnahme am KV-Notdienst ab.

Wir setzen uns für eine deutliche Reduktion der Bürokratie in unserer Arbeit ein. Ärztliche Aufgabe ist die Behandlung der Menschen, nicht Schreibearbeit oder Computer-Bedienung.

Wir arbeiten dafür, dass der Service-Gedanke in der Kammer Priorität bekommt. Die Kammer muss deutlicher und verstärkt die Interessen der Ärzteschaft vertreten, vor allem auch gegenüber der Politik

Zur ausführlicheren Information: https://freie-aerzteschaft.de/kammerwahl_nordrhein_2024/

Für die Liste Freie Ärzteschaft Süd:

V. i. S. d. P.: Wolfgang Bartels, Freie Ärzteschaft e.V., stv. Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein
Gervinusstr. 10, 45144 Essen, Tel.: 0201/68586090, E-Mail: w.bartels@praxisbartels.de, mail@freie-aerzteschaft.de,

Das wollen wir für Sie verbessern:

Wir nehmen den Preisverfall für unsere ärztlichen Leistungen nicht länger hin.

Seit mehreren Jahrzehnten wird die Honorierung für unsere Arbeit kontinuierlich und inzwischen in ruinösem Ausmaß reduziert. Deshalb treten wie für eine grundlegende Änderung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland ein. Die Teilhabe der Versicherten am medizinischen Fortschritt und an einer leistungsfähigen Medizin für Alle ist derzeit nur in einem System der Kostenerstattung denkbar, das für wirklich Bedürftige sozial abgedeckt sein muss.

Die seit 28 Jahren eingefrorenen Honorare der GOÄ müssen endlich angehoben und an das aktuelle Preisniveau angepasst werden. Die von Bundesärztekammer und PKV-Verband konsentierten neuen GOÄ erfüllen die Voraussetzung nicht ausreichend. Für die UV-GOÄ hat die KV, die hierfür zuständig ist, seit Jahren bewiesen, dass eine solche Anpassung möglich ist.

Wir lehnen die Zwangsverpflichtung zur Teilnahme am KV-Notdienst ab.

Unsere Forderung ist, dass die Teilnahme am Notdienst für alle Ärzte freiwillig ist, und dass alle Kosten des Notdienstes von den Krankenkassen bezahlt werden müssen.

Die bisherigen Regelungen führen dazu,

- dass Ärztinnen und Ärzte zu einem allgemeinmedizinischen Dienst gezwungen werden, für den sie aufgrund ihres beruflichen Werdegangs möglicherweise nicht mehr qualifiziert sind,
- dass es unweigerlich zu Arbeitsüberlastung der Ärztinnen und Ärzte führt, wenn sie vor und/oder nach einem Notdienst ihre normalen Sprechstunden durchführen sollen,
- dass dadurch Patienten gefährdet werden können.

Insbesondere ist es nicht akzeptabel, dass die zwangsverpflichteten Ärztinnen und Ärzte für die Teilnahme am Notdienst aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Die dysfunktionale Zwangsvernetzung mit Aushebelung von Schweigepflicht und Datenschutz sind für uns nicht akzeptabel.

Digitalisierung ist für die Ärzteschaft selbstverständlich. Wir Ärztinnen und Ärzte arbeiten weitgehend digitalisiert. In unseren Praxen und ärztlichen Gesundheitseinrichtungen nutzen wir die EDV für Verwaltung, zur Optimierung unserer Behandlungsmöglichkeiten, und zur Erleichterung unserer Arbeit. Alle digitalen Entwicklungen und Angebote, die diesen Zielen dienen, und bei denen ein rationales Kosten-Nutzen-Verhältnis besteht, werden von uns ohne Zwang und ohne Strafandrohung eingeführt und eingesetzt. Somit begrüßen wir eindeutig Digitalisierung im Gesundheitssystem, aber wir wehren uns gegen digitale Techniken, die keinen Nutzen bringen, unsere Arbeit erschweren, und die wirtschaftlichen Ressourcen des Gesundheitssystems schmälern.

Die gegenwärtig vorgesehene Gesetzgebung in Deutschland – vor allem in Kombination mit Entwicklungen zu einem Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) – droht die ärztliche Schweigepflicht auszuhebeln und den Datenschutz zu konterkarieren; wir lehnen diese Entwicklung und die dazugehörige Technologie ab. Wir begrüßen eine medizinisch sinnvolle und risikoarme Nutzung moderner elektronischer Möglichkeiten zur Vernetzung im Gesundheitssystem, aber wir wehren uns vehement gegen eine aufoktroyierte, dysfunktionale, riskante und überbezahlte Telematik-Infrastruktur (TI), die nur der Industrie nützt oder der Überwachung dient, aber die ärztliche Arbeit erschwert, und in ihren Langzeitfolgen noch nicht vollständig überschaut wird.

Wir setzen uns für eine deutliche Reduktion der Bürokratie in unserer Arbeit ein.

Ärzte müssen sich ihren Patienten widmen können und nicht einer ausufernden Bürokratie! Tausende ärztliche Arbeitsstunden werden vertan durch sinnlose Dokumentationen, Begründungen, Ausfüllen von Formularen, sinnfreien Anfragen von Kostenträgern und Behörden, durch rein administrativ begründete Vorgaben ohne medizinischen Nutzen, oder durch Missbrauch ärztlicher Kompetenzen für nicht-medizinische Belange. Wenn in Praxen mindestens die Arbeitszeit eines Tages pro Woche, in den Krankenhäusern bis zu 50% der Arzt-Arbeitszeit für Schreibtischtätigkeit verschwendet wird, besteht ein Missverhältnis, das dringend geändert werden muss.

Das von den Krankenkassen initiierte Regress-Unwesen muss beendet werden!

Das Ansinnen der Krankenkassen zur Regressierung von Minimalbeträgen erfordert unverhältnismäßigen Zeitaufwand der Vertragsärztinnen/-ärzte und fördert daher die Bürokratiebelastung. Höhere Regressforderungen widersprechen häufig einer leitliniengerechten Therapie und die Abwehr solcher – manchmal existenzbedrohenden – Forderungen können zu einer Beeinträchtigung der Arztgesundheit führen.

Wir engagieren uns dafür, dass der Service-Gedanke in der Kammer Priorität bekommt.

Die Kammer soll verstärkt die Interessen der Ärzteschaft vertreten, auch gegenüber der Politik